

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU	ab 15:05 Uhr
Herr Anton Henk	auf Vorschlag der CDU	
Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Katrin Barion	GRÜNE	
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 17:15 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn	auf Vorschlag der Seniorenvertretung	stellvertretend für Herrn Dr. Krebs
--------------------------	--------------------------------------	--

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	
Herr Dr. Ernst Drösemeier	
Herr Michael Eppenich	
Herr Stephan Neuhoff	
Herr Christian Rahmfeld	
Herr Bernd Rosenberger	
Herr Dr. Bernhard Schoenemann	stellvertretend für Herrn Dr. Leidel

Schriftführer

Frau Barbara Bültge
Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün sowie des Betriebsausschusses des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln.

Beigeordnete Frau Bredehorst merkt an, dass die erweiterten Tagesordnungen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün sowie des Betriebsausschusses den Ausschussmitgliedern vorliegen und die Erweiterungen an dem Rahmen, der um diese gezogen ist, zu erkennen sind.

Zum Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erklärt sie, dass folgende Unterlagen als Tischvorlagen vorlägen und alle anderen zugestellt worden seien.

- 2.1. Vorsorge vor der sog. "Mexikanischen Grippe / Schweinegrippe"
 Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.09

Herr Dr. Schoenemann werde unter TOP 0 einen Sachstandsbericht zur Schweinegrippe vortragen.

- 5.5. Das Drogenhilfesystem in Köln

- 5.6. Gemeinsame Trägerschaft der Lebensmitteluntersuchungseinrichtungen der Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen mit eigener Rechtspersönlichkeit

zu 16.1 Auszug aus dem Beschlussprotokoll der BV Kalk
 betr.: Beschlussvorlage: Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1

- 16.2.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung bzw.
 Stellungnahme zum Verweisungsbeschluss
 Regionale 2010 - Regio Grün, Landschaftspark Belvedere

- 16.3.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung bzw.
 Stellungnahme zum Verweisungsbeschluss
 Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach

- 16.11. Konzept für eine dauerhafte Infrastruktur für die Poller Rheinwiesen und die "Rodenkirchener Riviera"

Die Dringlichkeit der Vorlage sei in der Anlage 0 begründet worden. Es gehe darum, den Betrieb von Toilettencontainern noch im Sommer 2009 sicherstellen zu können.

Zu TOP 4.3 (Rettungsdienstbedarfsplan) werde Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner eine Power Point Präsentation zeigen.

Die Anfrage unter TOP 14.1 (Anfrage zum Pachtvertrag) sei irrtümlich im öffentlichen Teil erstellt worden. Die Verwaltung bitte, sie im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 22.1 zu behandeln.

Die Vorlage unter TOP 16.6 (Abfallbehälter und Bänke für die Groov) werde von der Verwaltung zurück gezogen, da die BV Porz sie noch nicht behandelt hat.

Wegen Zusammengehörigkeit der Vorlagen

- zur Novellierung der Satzung für die StEB (bisher TOP 16.8) und
- zur Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die StEB (bisher TOP 16.10)

bitte die Verwaltung, diese beiden Vorlagen auf TOP 16.9 und 16.10 zu setzen.

Da die Beschlussfassung zur "Satzungsnovellierung" davon abhängig sei, wie über die Vorlage zur "Aufgabenübertragung" entschieden werde, sollten sie außerdem in der Beratungsreihenfolge getauscht werden, so dass über die Aufgabenübertragung vor der Novellierung beraten werde.

Zu TOP 16.9 Aufgabenübertragung werde Herr Kiefer vom Bauverwaltungsamt anwesend sein.

Der bisherige TOP 16.9 zur Großveranstaltung auf den Jahnwiesen sollte auf TOP 16.8 gesetzt werden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher teilt zu den neu zugeordneten Tagesordnungspunkten *16.9 -Novellierung der Satzung für die StEB- und*

16.10 -Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die StEB- mit, dass nach seinem Kenntnisstand der AVR die Vorlagen vertagt habe. Er ist verwundert, warum die beiden Punkte von der Verwaltung nicht zurückgezogen werden.

Herr Kiefer erläutert, dass seines Wissens die Vertagung im AVR aus rein formalen Gründen vorgenommen wurde. Es handelt sich hier um eine Dringlichkeitsvorlage. Die Dringlichkeit wurde vom Ausschuss AVR nicht gesehen. Zwischenzeitlich fanden Gespräche statt, so dass inhaltlich einiges geklärt werden konnte. Deshalb werde heute darum gebeten, diese Beratungsmöglichkeit zu nutzen, um dann den Ausschuss AVR zügig beteiligen zu können und damit die Beratung abzukürzen.

RM Herr Bacher bittet um nähere Erläuterung, mit wem diese Gespräche geführt wurden. Diese Gespräche seien ihm nicht bekannt. Die SPD-Fraktion habe aufgrund der Vertagung des Ausschusses AVR den Beschluss gefasst, diese beiden Punkte nicht zu behandeln, wobei davon ausgegangen wurde, dass sie gar nicht für die heutige Tagesordnung vorgeschlagen werden.

Herr Kiefer ergänzt, die geführten Gespräche bezogen sich auf die Verwaltungsratsitzung der StEB. Die dort vertretenen Mitglieder des Rates haben in Gesprächen mit Herrn Schaaf erörtert, wie weiter vorgegangen werden soll. Hintergrund, warum die Verwaltung gerne die Beratung möglichst in diesem Durchlauf abschließen möchte, sei, dass durch die Satzungsänderung eine zusätzliche Aufgabe den StEB übertragen werden soll. Dieser Vorgang muss der Bezirksregierung angezeigt werden. Diese hat dann einen Monat Zeit Beanstandungen mitzuteilen. Den Monat Juni habe die Verwaltung für die Beratungsfolge eingeplant, so dass zum 01. Juli die Änderung in Kraft tre-

ten könnte. Wenn es jetzt zu einer Verschiebung um eine weitere Ratsitzung komme, verschiebe sich das gesamte Vorhaben.

RM Herr Bacher erläutert, in der Sitzung des AVR wurde deutlich, dass die Übertragung hoheitlicher Aufgaben, auch durch die Dramatik bei der Übertragung der hoheitlichen Aufgaben auf die KVB, im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs, einen besonderen Stellenwert bekommen habe.

Aus diesem Grund wollte man nicht so einfach per Tischvorlage über einen derartigen wichtigen Punkt entscheiden. Darüber hinaus habe noch keine Beratung in der SPD-Fraktion stattfinden können. Er weiß von den Mitgliedern der anderen Fraktionen, dass auch sie heute keinen Beschluss fassen wollen. Allenfalls könnte versucht werden, den Beschluss im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, sofern die Dringlichkeit sich so darstelle, wie die Verwaltung sie vorgetragen habe.

RM Herr Dr. Paul stellt klar, in der Sitzung des Verwaltungsrates wurde die Vorlage beraten und beschlossen. Die Behandlung der Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung war dort jedoch kein Thema. Wenn die Verwaltung von einer Dringlichkeit spreche, schließe er sich der Auffassung an, dann eine Dringlichkeitsentscheidung zu erstellen. Zum anderen sei der AVR ja noch mal in der Beratungsfolge vorgesehen. Herrn Dr. Paul sei unklar, ob es etwas verschlagen würde, wenn die Verwaltungsvorlage heute nicht behandelt werde. Ihm sind die Sitzungstermine der Ausschüsse AVR und UGG nicht gegenwärtig.

Herr Kiefer bemerkt, so weit es irgendwie möglich sei, sollten derartige Vorgänge im Rahmen von Sitzungen beraten werden. Die Vorlage erfolge ja hier zur Vermeidung einer Dringlichkeitsentscheidung, bei der es keine Öffentlichkeitsbeteiligung gäbe. Von daher sei die Idealvorstellung, dass die Beratungsfolge fortgesetzt werde, also auch hier eine Beratung stattfindet und die fehlende Beratung des AVR dann im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung nachzuholen wäre.

Die Übertragung von Aufgaben sollte üblicherweise so erfolgen, dass sie am Anfang bzw. in der Mitte eines Wirtschaftsjahres beginne. Ansonsten wäre es ein relativ großer Aufwand es scharf abzugrenzen. Es entstehe letztendlich ein administrativ-bilanzielles Problem. Operativ ändere sich nichts. Die StEB nehmen die tatsächlichen Tätigkeiten bereits seit 2003 wahr. Was sich nun ändern solle, sei das Wechseln der originären Aufgabe zu den StEB. Dies sei ein übliches Verfahren, damit sie auch in der Bilanz ohne Probleme ausgewiesen werden kann.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bemerkt zu den Ausführungen der Verwaltung, wenn die Verwaltung die beiden Tagesordnungspunkte nicht zurückziehe, würde der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließen, die vorgesehenen Tagesordnungspunkte 16.9 und 16.10 zu vertagen. Die Ausschussmitglieder schließen sich einstimmig dieser Aussage an.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

0. Mündlicher Bericht zur Schweinegrippe von Herrn Dr. Schoenemann, stellvertretender Leiter des Gesundheitsamtes

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW; "Raucher-Razzia" in den KölnArcaden
1216/2009

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Vorsorge vor der sog. "Mexikanischen Grippe / Schweinegrippe"
AN/0823/2009

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Beschlussvorlagen

4.1 Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut
5156/2008

- 4.2 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
0258/2009
- 4.3 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplanes der Stadt Köln
1068/2009
- 4.4 Ersatzbeschaffung von Dienst- und Wachkleidung für die Berufs- und Freiwillige Feuerwehr Köln
1514/2009
- 4.5 Änderung der personellen Zusammensetzung der Gesundheitskonferenz
1457/2009
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2008
1565/2009
- 5.2 Handlungskonzept HILO - hilflose Personen
1512/2009
- 5.3 Bundesweite Aktionswoche Alkohol - Alkohol? Kenn dein Limit in Köln
1564/2009
- 5.4 Broschüre zur Suchtvorbeugung, Frühintervention und Versorgungsangebote in Köln
1547/2009
- 5.5 Das Drogenhilfesystem in Köln
1568/2009
- 5.6 Gemeinsame Trägerschaft der Lebensmitteluntersuchungseinrichtungen der Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen mit eigener Rechtspersönlichkeit
1706/2009

6 Mündliche Anfragen

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 14.1 Pachtvertrag mit dem Kreisverband der Kleingärtnervereine
Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
17.04.2009

s. TOP 22.1

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 15.1 Hundetüten-Stationen in Grünanlagen
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2009
AN/0646/2009

16 Beschlussvorlagen

- 16.1 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-
Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott
0059/2009

- 16.2 Regionale 2010 - RegioGrün, Landschaftspark Belvedere
2. Durchgang
0172/2009
- 16.2.1 TOP 16.2. Regionale 2010 - Regio Grün, Landschaftspark Belvedere
1712/2009
- 16.3 Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach
2. Durchgang
0337/2009
- 16.3.1 TOP 16.3. Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach
1715/2009
- 16.4 REGIONALE 2010 - "Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst
e.V."
2. Durchgang
0273/2009
- 16.5 Zuschuss an Finkens Garten, Greifvogelstation und Haus des Waldes / Wald-
schule
Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen
0297/2009
- 16.6 Abfallbehälter und Bänke für die Groov in Köln-Porz/Zündorf
Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung im Rahmen des Bürger-
haushalts
0619/2009
- 16.7 Neuwahl von Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde
durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung
des Landschaftsgesetzes NW (DVO-LG)
0913/2009
- 16.8 Durchführung einer Großveranstaltung auf der Jahnwiese, L 17, Bezirk 3, EZ
2
hier: Widerspruchsverfahren nach §69 Landschaftsgesetz NW (LG NW)
1454/2009

16.9 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
1458/2008

16.10 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)
0919/2009

16.11 Konzept für eine dauerhafte Infrastruktur für die Poller Rheinwiesen und die "Rodenkirchener Riviera"
0990/2009

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

19 Mitteilungen

19.1 Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie am Linder Mauspfad in Porz-Lind
Hier: Verkehrsführung während der Baumaßnahme
0586/2009

19.2 Fällung eines Naturdenkmals
1163/2009

19.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2008
1527/2009

19.4 Umweltzone, Änderung der Ausnahmenregelung
1592/2009

20 Mündliche Anfragen

- 20.1 Flugbewegungen in Köln
Mündliche Nachfrage von Herrn Dr. Paul

- 20.2 Lärmbelastung an der Bundesbahnstrecke in Höhe Gabelsberger Str.
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Paul

- 20.3 Vermüllung der Grünanlagen nach einem "schönen" Tag
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Paul

- 20.4 Lärmbelastung durch Parties am Aachener Weiher
Mündliche Anfrage von SE Herrn Bilke

- 20.5 Grünbrücken zwischen Königsforst und Wahner Heide
Mündliche Anfrage von SE Herrn Bilke

- 20.6 Durchführung von Kompensationskontrollen
Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach

- 20.7 Steinkauz kontra Umgehungsstraße Fühlingen
Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach

- 20.8 Umfang des Mülls, der aus den Grünflächen entfernt wurde
Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach

- 20.9 Verfahren beim Abbau von Grabstätten
Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust

- 20.10 Zwischenbericht zur Sauberkeit in Köln
Mündliche Anfrage von RM Frau Müller

20.11 Klimastudie NRW
Mündliche Anfrage von SE Herrn Fischer

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

0. Mündlicher Bericht zur Schweinegrippe von Herrn Dr. Schoenemann, stellvertretender Leiter des Gesundheitsamtes

Herr Dr. Schoenemann nimmt zur aktuellen Situation der Schweinegrippe wie folgt Stellung:

Gestern Abend verkündete die WHO die Warnstufe 5, nachdem sie 48 Stunden vorher auf 4 gesetzt worden war. Davor befand sich diese Warnstufe jahrelang auf Stufe 3. Was heißen diese Ziffern?

Stufe 3: Die Alarmphase beginnt. Einzelne Menschen infizieren sich mit dem neuen Virus-Subtyp. Übertragungen von Mensch zu Mensch gibt es keine oder nur selten im Falle engen Kontakts.

Stufe 4: Vereinzelt wird das Virus von Mensch zu Mensch übertragen. Die Infektionen sind örtlich begrenzt, was den Schluss erlaubt, dass das Virus nicht gut auf den Wirt Mensch angepasst ist.

Stufe 5: Infektionen häufen sich. Übertragungen von Mensch zu Mensch bleiben jedoch örtlich begrenzt. Das Virus passt sich immer besser an den Menschen an, es besteht ein großes Pandemie-Risiko.

Das Virus gehe von Mexiko aus und habe sich in den USA und mittlerweile in 20 weitere Länder verbreitet. Zurzeit seien etwa 3.000 ungeklärte Fälle zu verzeichnen.

Das Virus ist völlig neu und das beunruhige die Experten. Es handelt sich hier um eine neue Zusammensetzung aus einem Schweine-Influenza-Virus, aus einem menschlichen Influenza-Virus und einem Vogelgrippen-Virus. Das bedeute konkret, es trifft auf eine Bevölkerung, die keine spezifischen Abwehrkörper diesbezüglich habe und dass es derzeit keinen Impfstoff gäbe.

Von Mexiko ausgehend, hat es auf dem amerikanischen Kontinent einen Todesfall gegeben. Ein kleines Kind, das von den Eltern aus Mexiko in einem bereits sehr schlechten Gesundheitszustand in die USA gebracht wurde, sei verstorben.

Warum es in Mexiko so viele Todesfälle gäbe, man spricht von 6-7 bestätigten Fällen, ist für alle Experten unklar. Die Untersuchungen laufen derzeit noch. Das Virus breite sich weiter aus und in Deutschland seien 3 Erkrankungen bestätigt worden. In Köln gäbe es keine erkrankten Menschen.

Die Stadt Köln habe für derartige Fälle einen Pandemieplan erarbeitet, der vor zwei Jahren erstellt und im vergangenen Jahr aktualisiert wurde. Danach werde derzeit vorgegangen. Im Gesundheitsamt wurde ein Lagezentrum mit einem eigenen Stab eingerichtet, der die Arbeit koordiniert, von dem aus agiert und mit Partnern (Presseamt, Feuerwehr, Ordnungsamt, Institut für Virologie) kommuniziert werde. Ein umfangreicher Bereich stellte bisher die Medienarbeit dar, damit die Bevölkerung schnell auf den neuesten Stand gebracht wird. Es wurde eine Bürgerhotline eingerichtet, hier können sich die Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Stand informieren. Auch auf der homepage www.stadt-koeln.de gäbe es eine fortlaufend aktualisierte Seite zu den Sachständen. Da der aktuelle Stand sich alle paar Stunden ändere, sei es nicht sinnvoll, einen Flyer zu erstellen.

Da noch kein Impfstoff produziert werden konnte, ist die Bevölkerung aufgefordert, eine eventuelle Ansteckung zu verhindern, indem jeder ein gewisses Maß an Hygiene walten lasse:

Zum Naseputzen und beim Niesen nach Möglichkeit Einmaltaschentücher verwenden und diese sobald wie möglich in den Restmüll entsorgen, auch beim Husten ein Einmaltaschentuch vorhalten, häufiges Händewaschen, kein Händeschütteln oder Küssen zur Begrüßung oder Verabschiedung. Die Hände sollten vom Gesicht ferngehalten werden, da die Erreger leicht auf die Schleimhäute von Augen, Nase und Mund übergehen können.

Es gibt zwei Arzneimittel Tamiflu (Kapseln) und Relenza (Inhalationspräparat). Die Medikamente mildern die Krankheit und kürzen sie ab. Sie müssen innerhalb von 48 Stunden angewandt werden. Diese Arzneimittel sind verschreibungspflichtig, hoch wirksam und haben einige deutliche Nebenwirkungen. Diese Medikamente sind auch im Rahmen der Prophylaxe zugelassen. Hierbei bestehe jedoch die Gefahr, dass dieses Virus resistente Varianten bildet. Deswegen ist das Gesundheitsamt gegen eine derartige Prophylaxebehandlung.

Weltweit gelte derzeit die Warnstufe 5. Die Warnendstufe sei 6, welche die Pandemie als solche darstelle. Bei dieser Warnstufe kann es sein, dass es in Köln keinen Fall gäbe.

Das Verhalten des Gesundheitsamtes richte sich nach dem Pandemieplan, in dem für die einzelnen Stufen bestimmte Maßnahmen vorgesehen seien. Im Moment stehe man mit der Ärzteschaft im Informationsaustausch, mit den Krankenhäusern werde Kontakt gehalten und die Öffentlichkeit werde laufend informiert. Der Arzneimittelverbrauch werde im Hinblick auf Engpässe beobachtet. Zurzeit wird Tamiflu recht häufig verschrieben, obwohl es dafür noch keinen sinnvollen Grund gäbe. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit muss versucht werden, die Verordnung ein wenig einzuschränken und die Ärzte zu stärken, die von Ihren Patienten auf entsprechende Rezepte angesprochen werden.

Was ist, wenn das Virus sich weiter verbreiten würde, das sind Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen. Wenn es so bliebe, dass der Krankheitsverlauf, wie in den USA und in europäischen Ländern, sich weiter so milde darstelle, dann wäre es eine relativ gute Perspektive.

Im Pandemieplan gäbe es Überlegungen, wie das öffentliche Leben im Bedarfsfalle aufrecht erhalten werden kann und wie die Arztpraxen und Krankenhäuser mit den vielen Erkrankten umzugehen haben. All dies werde vom Gesundheitsamt koordiniert. Sollte tatsächlich eine sehr gehäufte Mensch-zu-Mensch-Übertragung in Köln auftreten, sei zu überlegen, Großveranstaltungen zu untersagen und Kindertagesstätten sowie Schulen zu schließen. Das sei immer eine Frage der aktuellen Einschätzung durch die zuständigen Mitarbeiter des Gesundheitsamtes und den Experten des Robert-Koch-Institutes.

Zum Thema Flughafen sei zu sagen, sollte ein Flugzeugkapitän, der in Köln landen will, dem Flughafen mitteilen, dass es einem Passagier sehr schlecht gehe und plötzlich Fieber sowie Gliederschmerzen aufgetreten seien, wären die Mitarbeiter des Lagezentrums sowie die Feuerwehr vor Ort, um festzulegen, was mit diesem Patienten zu geschehen habe.

Sollten in Köln wenige Fälle auftreten, so werden die Betroffenen auf eine Infektionsstation der Kölner Krankenhäuser gelegt und dort betreut. Unter professionellen Bedingungen würde dann durch einen Test festgestellt, ob es sich tatsächlich um diesen Virus handele.

Wenn es einen ernstzunehmenden Verdachtsfall gäbe, wird das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt die Öffentlichkeit unmittelbar informieren.

Herr Dr. Schoenemann fasst zusammen, dass das Gesundheitsamt mit den Planungen gut aufgestellt sei.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bedankt sich bei Herrn Dr. Schoenemann für die umfangreichen Ausführungen.

RM Herr Dr. Paul bemerkt, dass damit auch die Fragen der CDU-Fraktion unter TOP 2.1 beantwortet wurden. Darüber hinaus möchte er wissen, inwiefern die „Schweinegrippe“ gefährlicher sei, was den Ausgang angehe, als die herkömmliche Grippe.

Herr Dr. Schoenemann erläutert, die normale Grippe, die in jedem Winter auftritt, fordere zwischen 5.000 und 20.000 Todesopfer. Betroffen sind meistens ältere Menschen. Bei dieser Grippe gäbe es Ähnlichkeiten zu der Pandemie 1918/1919, der sogenannten Spanischen Grippe. Gesunde Menschen jüngeren und mittleren Alters seien betroffen. Über dieses Virus weiß man noch sehr wenig, deswegen kann die weitere Entwicklung zurzeit noch nicht prognostiziert werden. Das Gesundheitsamt sei froh, dass die meisten Menschen einen milden Krankheitsverlauf haben, ohne großen Einsatz von Medikamenten. In den USA seien nur ganz wenige Personen im Krankenhaus gewesen.

RM Herr Dr. Fladerer möchte wissen, gibt es schon Hinweise seitens der WHO, warum die Verlaufsformen außerhalb Mexikos sich so viel milder abzeichnen?

Herr Dr. Schoenemann antwortet, die WHO und die amerikanische Behörde CDC rätseln über dieses Phänomen. Es gäbe keine qualifizierten Aussagen zu dieser Tatsa-

che, sondern nur Spekulationen, wie z.B. die Höhenlage oder die enorme Luftverschmutzung in Mexiko-City.

SE Herr Dr. Theisohn weist auf die Verläufe einer normalen Grippe hin, die sehr aktiv im November und Dezember waren. Ist diese Grippe bereits vorbei?

Dr. Schoenemann führt aus, die saisonale Grippe von Oktober bis März hatte ihren Höhepunkt in der ersten Februarhälfte und ist praktisch vollständig abgeklungen. Das heißt in der Medizin, dass nur noch wenige Fälle ggfs. zu erwarten wären. In Mexiko ist die saisonale Grippe, soweit ihm bekannt, noch nicht so stark zurückgegangen. Wer sich in Deutschland im Oktober/November impfen lässt, hat die Chance nicht an einer Virusgrippe zu erkranken.

RM Frau Frebel möchte wissen, ob alle Krankenhäuser für den Ernstfall ausgerüstet sind oder ob nur eine Klinik dafür vorgesehen ist.

Dr. Schoenemann weist darauf hin, wenn es nur wenige Erkrankte gäbe, werden sie in die Krankenhäuser mit einer Infektionsstation und einem speziellen Management eingewiesen. Das sind die Krankenhäuser Holweide, Weyertal und das St. Vincent-Hospital. Diese drei haben offiziell vom Land zugelassene Infektionsbetten. Wenn die Pandemie Köln erreichen würde, dann wird jedoch jedes Krankenhaus, das eine Innere und eine Kinderärztliche Abteilung hat, die Erkrankten aufnehmen.

SB Herr Dr. Albach fragt, ob es zuträfe, dass es ein halbes Jahr dauern kann, bis der Impfstoff zur Verfügung stehen würde.

Dr. Schoenemann merkt an, die großen wissenschaftlichen Institute beginnen jetzt den Stamm zu isolieren. Wenn es soweit ist, werden die gewerblichen Hersteller den Impfstoff produzieren. Das ganze wird ca. 3 Monate dauern. Nach den bisherigen Erfahrungen sei dann bereits eine Welle durch. Aber die Pandemien neigen dazu, noch eine zweite Welle zu haben. Und vor dieser sollte der Impfstoff dann angewandt werden.

Frau Beigeordnete Bredehorst betont, dass sie froh sei, dass Köln eine städtische Pandemieplanung habe. Das gäbe allen Beteiligten Sicherheit. Es wird die Ausschussmitglieder verwundern, dass schon sehr starke Maßnahmen ergriffen werden, auch wenn hier in Köln noch kein Infektionsfall aufgetreten sei. Sie sei beruhigt, dass alles in guten Bahnen laufe.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bedankt sich noch einmal und geht davon aus, dass der Tagesordnungspunkt 2.1 mit diesen Ausführungen abgehandelt sei.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**1.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW; "Raucher-Razzia" in den KölnArcaden
1216/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Bilke bedankt sich bei der Verwaltung für die differenzierte Beantwortung. Insgesamt findet er es eine bizarre Situation, dass der Hotel- und Gaststättenverband und die Stadt Köln gemeinsam auf diese Klagen hoffen, damit Gerichte das klären, wo die Politik nicht bereit ist, vernünftige Vorgaben zu machen.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**2.1 Vorsorge vor der sog. "Mexikanischen Grippe / Schweinegrippe"
AN/0823/2009**

Die Fragen wurden durch den Vortrag von Herrn Dr. Schoenemann zu TOP 0 beantwortet.

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Beschlussvorlagen

4.1 Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut 5156/2008

Frau Beigeordnete Bredehorst berichtet, der Schulausschuss, der Ausschuss für Soziales und Senioren sowie der Jugendhilfeausschuss haben die Verwaltungsvorlage jeweils in die nächste Sitzung vertagt.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, ebenso zu verfahren.

SB Herr Dr. Albach begrüßt in diesem Handlungskonzept den großen Anteil Gesundheit.

1. Ihm fiel auf, dass Elternhaushalte mit mehreren Kindern offensichtlich ein deutlich verringertes Armutsrisiko haben. Ist der Verwaltung bekannt, warum in diesen Bereichen Verbesserungen eingetreten sind?
2. Im Konzept wird erwähnt, ca. 22 % der Kinder leiden an psychischen Auffälligkeiten. Wie kann ausgeschlossen werden, dass Kinder eine Auffälligkeit bei einem Arzt diagnostiziert bekommt und diese zu weiteren Arzt gehen und dort eine andere Diagnose erhalten, so dass die Zahlen kaum richtig zu bewerten seien.
3. Die Verwaltung stellt dar, dass nur 48,5 % derjenigen, die einer Therapie bedürfen, auch behandelt werden. Im Umkehrschluss heißt das, 51,5 % werden bedauerlicherweise nicht behandelt. Im Zweifelsfall sei es zwar eine Entscheidung der Eltern, aber trotzdem die Frage an die Verwaltung, wie kann man die Zahl von 51,5% deutlich verringern? Ist vielleicht das „Komm-System“ in Frage zu stellen? Welche Vorschläge kann die Verwaltung hierzu machen?

Frau Beigeordnete Bredehorst nimmt zu Frage 1 wie folgt Stellung:

Sie würde es andersherum sagen, die Situation für Alleinerziehende habe sich verschlechtert, deshalb ist der Anteil so hoch gegangen. Generell kann man sagen, das höchste Armutsrisiko ist mittlerweile, Kinder zu haben und alleinerziehend zu sein, weil dann die Möglichkeit eines geregelten Verdienstes kaum noch gegeben sei. Das sei ein gesellschaftlicher Missstand, mit dem in Köln umgegangen werden muss. Die Kommune sei nicht für bundesgesetzliche Entscheidungen im Zusammenhang mit sozialen Hilfen verantwortlich.

SB Dr. Albach entgegnet, dass dies nicht dem entspricht, was auf Seite 8 in der Grafik dargestellt werde. Danach ist bei Elternhaushalten mit zwei Kindern das Armutsrisiko von 23 auf 21 kaum zurückgegangen. Aber bei Elternhaushalten mit drei Kindern und mehr ist ein Rückgang von 46% auf 36% zu verzeichnen. Das entspricht keiner Umverteilung. Hier scheint irgendetwas Positives passiert zu sein. Die Haushalte mit einem Kind haben sich dagegen deutlich verschlechtert.

Frau Beigeordnete Bredehorst bemerkt dazu, dass dies noch mal genauer analysiert werden müsste und zur nächsten Sitzung erläutert werde. Die Absicherung über sonstige Transferleistungen ist offensichtlich schlechter geworden. Sie will das gerne noch mal abklären, inwieweit Hartz IV z.B. eine Rolle spiele.

Zu den medizinischen Fragen bittet sie Herrn Dr. Schäfer vom Gesundheitsamt Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Schäfer weist zu den Fragen 2 und 3 darauf hin, dass es sich bei den von Herrn Dr. Albach genannten Zahlen seines Erachtens nicht um Kölner Zahlen handle, sondern Zahlen aus der KiGGS-Studie (Kinder- und Jugendgesundheitssurvey) sind. Im Rahmen der U 25-Konferenz wurde der Bereich Chorweiler genauer angesehen. Zunächst noch hypothetisch kann man sagen, dass die belasteten Stadtteile dabei wahrscheinlich schlechter aussehen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, die Fragen bis zur nächsten Sitzung aufzubereiten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt, die Beschlussvorlage in die Sitzung am 18.06.2009 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 0258/2009

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher gibt bekannt, dass diese Vorlage in den meisten Ausschüssen vertagt worden sei. Er habe Kenntnis davon, dass die Fraktionen intern eine Stellungnahme erarbeiten wollen, so dass es Sinn mache, diese Vorlage heute ebenfalls zu vertagen.

Frau Beigeordnete Bredehorst erläutert, auch das Gesundheitsamt sei geprüft worden und Köln gehörte danach qualitativ zu den Besten, was die vorbildliche Darstellung angehe. Später habe es einen Wermutstropfen gegeben, denn es wurde ein Einspar-

potential von vier Millionen Euro festgestellt. Errechnet wurde dies durch einen Vergleich mit anderen Städten in NRW. Der „Klassenbeste“ war Aachen. Es wurde das Verhältnis der Kosten zu den Einwohnern gebildet. Damit war Köln pro Einwohner um vier Euro höher, so dass sich diese vier Millionen entwickelt haben. Dies sei kein Wunder, angesichts der vielen sozialen Probleme, die in Köln bestehen. Das Gesundheitsamt schließe immer wieder Lücken der Regelversorgung.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher weist darauf hin, diese Prüfung enthielte viele Merkwürdigkeiten, wenn man sieht, dass z. B. empfohlen wird, den Grünpflegestandard in Köln zu reduzieren. In diesem Ausschuss wird darüber diskutiert, wie die Grünpflege zu verbessern sei. Gerade dieser Ausschuss müsste aufbegehren, wenn Überlegungen da sind, die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren und die Ausschüsse zusammenzulegen. Der UGG tage in der Regel schon 3,5 Stunden, von daher sei diese Forderung unseriös. In den Fraktionen werden sich die Mitglieder mit der umfassenden Verwaltungsvorlage beschäftigen.

Es wäre wünschenswert, wenn die Verwaltung, sofern noch nicht geschehen, eine gewisse Entscheidungshilfe liefern könnte.

Beigeordnete Frau Bredehorst antwortet, alle Ämter sind gebeten worden ihre Stellungnahmen abzugeben. Die Stellungnahmen ihres Dezernates (Gesundheitsamt und Amt für Soziales und Senioren) sind 1:1 von der Kämmerei in die städtische Stellungnahme übernommen worden. Insofern bittet sie die Ausschussmitglieder, sich diesen Teil noch mal anzuschauen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt, die Beschlussvorlage in die Sitzung am 18.06.2009 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplanes der Stadt Köln 1068/2009

Herr Professor Dr. Dr. Lechleuthner erläutert den Ausschussmitgliedern an Hand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage) den vorliegenden Rettungsdienstbedarfsplan.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bedankt sich für die Anmerkungen zur Beschlussvorlage und bittet die Ausschussmitglieder Fragen an die Verwaltung zu richten.

SE Frau Barion möchte wissen, ob der erweiterte Bedarf auch etwas damit zu tun habe, dass Bedarfe sich in den letzten Jahren verändert haben.

Professor Lechleuthner bemerkt, es habe erhebliche Veränderungen im Einsatzspektrum gegeben. Die Behandlung und Logistik wird immer aufwändiger. Gleichzeitig sei auch eine Zunahme von Patienten zu verzeichnen, die nicht lebensbedrohlich erkrankt sind sondern aufgrund von Akut- und Krisenfällen, wie zum Beispiel persönliche Krisen, Streitigkeiten, Auseinandersetzungen, Patienten unter Alkoholeinfluss oder Maßnahmen im Palliativbereich, der Hilfe bedürfen.

RM Herr Bartsch erkennt nach diesem Vortrag, wie umfassend und schwierig das Gesamtpaket sei. Er möchte wissen, ob vorgesehen sei, die Kommunale Gesundheitskonferenz einzubinden.

Herr Professor Lechleuthner bestätigt den Termin 11.05.2009.

Vor dem Hintergrund des Punktes „Standortoptimierung“ regt Herr Bartsch für die CDU-Fraktion an, ein Fachgespräch mit der Verwaltung zu führen. Deswegen sollte die Beschlussvorlage vertagt werden.

RM Herr Paetzold bemerkt, die SPD-Fraktion habe sich sehr intensiv mit der Vorlage beschäftigt und hätte bereits, ohne den Vortrag von Herrn Professor Lechleuthner, fast zustimmen können. Der Bedarf sei sehr gut geschildert und es sei der Fraktion wichtig, dass die Kölner Bürgerinnen und Bürger zeitnah erreicht und gerettet werden können.

Was der Fraktion nicht zusage, ist, dass der Vertrag mit den Kliniken der Stadt Köln bezüglich der Notärzte gekündigt wurde. Das Vergabeamt habe mitgeteilt, dass es eine europaweit ausschreibungspflichtige Sache sei. Das sehe die SPD-Fraktion ein wenig anders. Deshalb würde sie gerne diesen Aspekt aus der Beschlussvorlage herausnehmen, um das zu klären. Der übrigen Vorlage könnte dann zugestimmt werden.

Herr Professor Lechleuthner entgegnet, der Rettungsdienstbedarfsplan habe nichts damit zu tun, wer welche Aufgaben durchführe.

RM Herrn Paetzold sei dies bekannt, es stehe trotzdem so in der Vorlage und die Fraktion würde es gerne herausnehmen.

SE Herr Dr. Albach bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erfahrungen hat die Feuerwehr mit Defibrillatoren im öffentlichen Raum? Ist der Einsatz des Gerätes geeignet, die Rettungsfrist etwas zu verlängern und trotzdem den Menschen zu helfen?

2. Welche Chancen erlaubt der Gesetzgeber und welche Chancen habe man durch die Kooperationen mit den Nachbargemeinden zu einer Verbesserung zu kommen?

3. In der Beschlussvorlage sind die organisatorischen Maßnahmen in der Trägerorganisation des Rettungsdienstes nicht präzisiert worden. Was ist darunter zu verstehen?

Herr Professor Lechleuthner beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1.

1998 wurden Defibrillatoren auf den Löschfahrzeugen eingeführt. Es gibt eine Kooperation mit der Firma Ford für das Werksgelände und eine Initiative „defiköln“, die die Feuerwehr beratend unterstützt. Nach den internationalen Empfehlungen mache es nur Sinn, Defibrillatoren dort zu stationieren, wo ein besonderes Gefährdungspotential bestehe. Bisher ist es so, dass es an den Standorten (Arztpraxen, Altenheimen, Stadtparkassen sowie weiteren Einrichtungen), bisher zu keiner Anwendung kommen musste.

Zu 2.

Bei jedem Rettungsdienstbedarfsplan gibt es Erkundungen bei den Nachbarkommunen und umgekehrt. Im Bereich Dormagen, Bergisch-Gladbach und Leverkusen werden mit dem gleichen Instrumentarium die Rettungsmittel von den Nachbarkommunen mit denen der Stadt Köln gemessen. Zurzeit gäbe es eine Kooperation mit dem Rhein-Erft-Kreis im Bereich Godorf/Wesseling. Hier sei man soweit, dass die Standards abgeglichen wurden und eine schlüssige Kooperation bestehe. Das NEF Wesseling erreicht den Stadtteil Godorf schneller als das NEF 2. Bei den anderen Kommunen ist es nach gegenseitiger Prüfung nicht gegeben, dass randständige Stadtteile durch die Rettungsdienste anderer Kommunen schneller erreicht werden. Insofern beschränkt sich die Zusammenarbeit auf die Zusicherung zur gegenseitigen Unterstützung im Bedarfsfall, was auch gängige Praxis ist.

Zu 3.

Die Aufgaben des Rettungsdienstes haben sich in den letzten Jahren schwerpunktmäßig vertieft. Beispielsweise in der Hygiene entstehen durch das Auftreten von multi-resistenten Keimen starke Probleme. Hier muss auch seitens der Verwaltung darauf reagiert werden, weshalb im Rettungsdienstbedarfsplan dafür ein ganz besonderer Schwerpunkt eingerichtet wird.

Als weiteres sind die Vorplanungen und die Organisation für überörtliche und Großschadensereignisse zu nennen. Um diese Bereiche zu verbessern, muss in der Rettungsdienstorganisation aufgestockt werden. Weil immer mehr Personen im Rettungsdienst arbeiten, sind Schulungen und die Qualitätsüberwachung weiter zu verbessern. Darüber hinaus gibt es Vergabepflichten, d.h. seit 2003 müssen

für den Rettungsdienst öffentliche Ausschreibungen erfolgen, die sehr aufwändig sind. Für die dafür notwendige Aufgabenerfüllung sind ebenfalls personelle Zusetzungen erforderlich.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher verstehe, dass dieses Vergabeverfahren aufwändig ist. Unklar sei ihm, warum eine zeitliche Verzögerung von vier Wochen jetzt so dramatisch wäre. Man hindere die Verwaltung ja nicht, an diesem aufwändigen Verfahren weiter zu arbeiten.

Herr Professor Lechleuthner erläutert, die Verträge mit den bisherigen Vertragspartnern (Kölner Hilfsorganisationen) wurden im Rahmen der Option bereits verlängert. Diese Verlängerung läuft Ende 2009 aus. Bei der letzten Verlängerung gab es bereits Schwierigkeiten mit dem Vergabeamt und mit dem Rechnungsprüfungsamt. Auch diesmal könnten durch das Ausschreibungsverfahren wieder Vertragsverlängerungsprobleme entstehen. Es sollte versucht werden, die Vorlage so schnell wie möglich zu beschließen.

RM Herr Bacher erinnert sich, diesen Druck auch von der Hubschrauberbetriebsstation her zu kennen, den er zurzeit nicht mehr sehe.

SE Frau Barion unterstreicht den guten Brauch in diesem Ausschuss, wenn eine Fraktion eine Vertagung beantrage, die anderen Fraktionen sich bemühen, diesem Antrag zu folgen. Ursprünglich war die Fraktion Bündnis90/Die Grünen davon ausgegangen, sich der SPD-Fraktion anzuschließen. Nämlich zu beschließen und den Passus mit *der Besetzung durch die Notärzte* herauszunehmen. Ihre Fraktion würde heute schon sehr gerne beschließen.

RM Herr Dr. Paul betont, die Tatsache, dass seine Fraktion Beratungsbedarf geltend gemacht habe, liege zum einen daran, dass das Votum der Gesundheitskonferenz fehle, zum anderen bestehen noch Fragen, insbesondere zu den Alternativstandorten, die in einem Fachgespräch mit der Verwaltung geklärt werden sollten. Aus diesem Grund halte er an der Bitte fest, die Verwaltungsvorlage in die nächste Sitzung zu schieben. Er habe keine zwingenden Argumente gehört, dass heute ein Beschluss gefasst werden müsse.

Herr Rosenberger weist auf die Situation der europaweiten Ausschreibungen hin. Diese seien sehr langwierig. Es war die Absicht der Verwaltung, heute den Bedarfsplan dem Ausschuss zur Abstimmung vorzulegen. Es kommen ja noch weitere Vorlagen, in denen die Umsetzung des Planes beschlossen wird. In einer dieser Vorlagen wird z.B. auch die Bedarfsfeststellung für die Ausschreibung erforderlich sein. Das heißt, wenn heute kein Votum abgegeben werde, verzögere sich auch das weitere Verfahren. Wo die Standorte genau sein werden, ist dann eine Frage der Umsetzung des Bedarfsplanes. Der Bedarfsplan sagt ja nur aus, dass es einen Bedarf in den Bereichen Brück und Dellbrück gibt. Wo genau der Standort in den Bereichen sein soll, sei hier im Bedarfsplan noch nicht festgelegt. Er bittet, dies bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher sieht nach den Ausführungen von Herrn Rosenberger keine Probleme, in einem geteilten Verfahren heute zu beschließen.

SE Frau Barion schlägt als Lösungsmöglichkeit vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben. Ihr sei nicht klar, welchen Part die Gesundheitskonferenz haben soll. Soweit sie weiß, war diese früher auch nicht damit befasst. Ihr leuchte ein, was Herr Rosenberger gesagt habe. Sie verstehe die Vorlage so, dass heute der Bedarf festgestellt und beschlossen werden soll und sonst erst mal gar nichts. Das was Herr Paetzold vorgeschlagen habe, sei ja ausgekoppelt worden. Sie fände es schon wichtig, heute einen Beschluss zu fassen und die weiteren Vorlagen abzuwarten.

RM Herr Dr. Paul bietet für seine Fraktion an, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bedankt sich für diesen Kompromissvorschlag.

RM Herr Paetzold hält den Vorschlag von Frau Barion für einen guten Weg. Trotzdem bittet er, dass seine Anregung, die offensichtlich auch auf Zustimmung bei anderen stoße, in die Ratsvorlage mit aufgenommen werde.

Nach dieser längeren Diskussion schlägt Herr Rosenberger vor, die Anregung in den Beschlussvorschlag mit einzubinden. Er bestehe ja aus zwei Punkten. Wenn man im ersten Punkt einen Satz einfüge, der das beinhaltet, wäre dem Anliegen der SPD-Fraktion geholfen.

Textvorschlag:

Die Besetzung der zu vergebenden Einsatzmittel (Rettungswagen und Notarzteeinsatzfahrzeuge) wird nicht im vorliegenden Rettungsdienstbedarfsplan festgelegt.

Die Verwaltung wird dazu einen Vorschlag in einer erneuten Beschlussvorlage machen.

RM Herr Dr. Paul hält die Frage der Standorte schon für entscheidend. Das müsste in der Beschlussvorlage mit aufgenommen werden.

Herr Rosenberger schlägt folgende weitere Ergänzung vor: *Das gleiche gilt für die Festlegung der neuen Standorte.*

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bemerkt, dass es Sinn gemacht habe, intensiv in den Dialog getreten zu sein. Er glaube, dass dies ein Weg sei, der gegangen

werden kann. Er fragt die Ausschussmitglieder, wer gegen den jetzt so gemachten Vorschlag sei.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bringt den geänderten Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Änderung des Rettungsdienstbedarfsplanes unter dem Vorbehalt, dass die haushaltstechnische Finanzierung der entstehenden Mehrbedarfe sichergestellt ist. Die Besetzung der zu vergebenden Einsatzmittel (Rettungswagen und Notarzteinsatzfahrzeuge) wird nicht im vorliegenden Rettungsdienstbedarfsplan festgelegt. Die Verwaltung wird dazu einen Vorschlag in einer erneuten Beschlussvorlage machen. Das gleiche gilt für die Festlegung der neuen Standorte.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung die notwendigen Beschlussvorlagen über die sächlichen und personellen Erfordernisse einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Ersatzbeschaffung von Dienst- und Wachkleidung für die Berufs- und Freiwillige Feuerwehr Köln
1514/2009**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher geht davon aus, dass diese Finanzierung durch das Budget der Feuerwehr gedeckt sei. Die Verwaltung bestätigt dies.

RM Herr Bartsch stellt fest, dass die Beschlussvorlage eigentlich verfristet sei. Daher würde seine Fraktion eine Vertagung beantragen wollen. Er möchte außerdem wissen, wie es sich mit den Namensschildern an der Wachkleidung, die ja wahrscheinlich auch für die Freiwillige Feuerwehr ausgegeben wird, verhält. Müssen diese Schilder selbst bezahlt werden?

Herr Neuhoff erläutert, bei der Berufsfeuerwehr sind die Namensschilder auf allen Kleidungsstücken befestigt. Bei der Freiwilligen Feuerwehr bekommen nur die Füh-

rungskräfte welche. Wünschen andere Kameraden ein Namensschild, so müssen diese bezahlt werden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher fragt Herrn Bartsch, ob nach der Beantwortung der Frage weiterhin Beratungsbedarf bestehe.

RM Herr Dr. Paul stellt klar, dass es hier nicht eine Frage von Beratungsbedarf sei, sondern die Vorlage sei verfristet, obwohl das Rechnungsprüfungsamt ausweislich der Unterlagen am 10.03.2009 bereits zugestimmt habe, erfolgte die Schlusszeichnung am 21.04.2009. Gerade in diesem Ausschuss komme es immer wieder vor, dass die Vorlagen, obwohl kein Grund erkennbar sei, sehr spät vorgelegt werden. Das ermöglicht seiner Fraktion nur eine sehr unzureichende Beratungszeit. Deshalb mache er noch mal deutlich, dass die CDU-Fraktion auf Dauer nicht bereit sei, dies zu akzeptieren. Was die konkrete Vorlage angehe, möchte er gerne wissen, wo der zeitliche Druck sei, sie heute zu beschließen.

Herr Rosenberger erläutert, die Erstellung einer Beschlussvorlage sei immer in einem Abstimmungsvorgang eingebunden. Die Verwaltung habe parallel zur Abstimmung über das Ergebnis der Bedarfsprüfung mit dem Rechnungsprüfungsamt die Finanzierung und damit die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Umsetzung dieser Maßnahme klären müssen. Der Vorgang habe sich dadurch etwas hingezogen, so dass die Vorlage leider verfristet sei. Aber hier gehe es darum, dass die neu eingestellten Mitarbeiter entsprechend mit Kleidung ausgestattet werden können. Wenn dieser Druck nicht bestanden hätte, wäre die Vorlage heute nicht vorgelegt worden. Er bittet die Ausschussmitglieder, dies zu berücksichtigen.

RM Herr Bartsch bedankt sich für die Erläuterung und signalisiert, dass die CDU-Fraktion die Vorlage beschließen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erkennt die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung der Dienst- und Wachkleidung für die Berufs- und Freiwillige Feuerwehr Köln an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Änderung der personellen Zusammensetzung der Gesundheitskonferenz 1457/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Damen und Herren zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen:

- 1.) Frau Margaret Schnetgöke für den „Arbeitskreis Frau und Gesundheit“
- 2.) Herrn Klaus Hoffmann für den „StadtSportBund Köln e.V.“
- 3.) Herrn Georg Eidens vom Caritasverband für die Stadt Köln e.V. für den „Bereich der stationären Pflege“
- 4.) Frau Carolin Herrmann für das „Amt für Soziales und Senioren“

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Damen und Herren zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen:

- 1.) Frau Christine Weyh für den „Arbeitskreis Frau und Gesundheit“
- 2.) Herr Rolf M. Kelzer für den „StadtSportBund Köln e.V.“
- 3.) Herrn Detlef Silvers vom Caritasverband der Stadt Köln e.V. für den „Bereich der stationären Pflege“
- 4.) Herr Dieter Gorklo für das „Amt für Soziales und Senioren“
- 5.) Frau Katlen Peter für das „Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2008 1565/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Handlungskonzept HILO - hilflose Personen 1512/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Bundesweite Aktionswoche Alkohol - Alkohol? Kenn dein Limit in Köln 1564/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Broschüre zur Suchtvorbeugung, Frühintervention und Versorgungsangebote in Köln 1547/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herrn Dr. Paul erscheint die Auflagenhöhe von 3.000 Exemplaren im Hinblick auf die Gesamtschülerzahl in Köln etwas gering. Ist eine höhere Auflage noch geplant?

Beigeordnete Frau Bredehorst antwortet, die Zielgruppe sind insbesondere die Fachkräfte aus der Jugend- und Suchthilfe sowie aus den Schulen, insofern ist die Auflagenhöhe ausreichend. Die Broschüre kann auch aus dem Internet abgerufen werden.

5.5 Das Drogenhilfesystem in Köln 1568/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Barion bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die ausführliche Darstellung und bittet um Beantwortung zweier Fragen.

Zum ersten hätte sie den etwas kryptischen Satz auf Seite 2 erläutert (am Ende des 1. Absatzes) der da lautet: *Für Menschen mit Migrationshintergrund existieren keine besonderen Angebote. Ihre suchtbetonte Bedarfssituation entspricht in der Praxis den allgemeinen Erfordernissen.* Wessen Erfordernisse sind gemeint?

Zum zweiten wird auf Seite 3 die Beratung von Beschaffungsprostituierten beschrieben und ausgeführt, *dass die Unterbringung in Containern ohne fließendes Wasser unzureichend sei.*

Das höre sie zum ersten Mal. Gibt es eine Idee, wie man diesen Zustand verändern kann und welche Voraussetzungen sind dafür notwendig?

Frau Beigeordnete Bredehorst bedankt sich bei Frau Gärtner für die Anregung, eine umfassende Darstellung des Drogenhilfesystems zu erstellen. Sie ist stolz, dass Köln ein so gut abgestuftes und abgestimmtes Drogenhilfesystem habe. Der Bericht wurde in enger Abstimmung mit dem Wohnungsversorgungsbetrieb und dem Amt für Soziales und Senioren erstellt.

Herr Dr. Berger erläutert zu der ersten Frage von Frau Barion, der Hinweis bedeute, dass diese Menschen mit Migrationshintergrund häufig sehr gut Deutsch können, zweitens Eltern seien wie alle anderen. Die Schwierigkeit sei aber nicht unbedingt größer als bei deutschen Eltern. Zusätzlich tauchen allerdings zum Teil Verständnisschwierigkeiten auf, so dass die Betroffenen dann selber für ihre Eltern Dolmetschen müssen.

Zu der zweiten Frage kann gesagt werden, es gibt ein durchaus bundesweit modellhaftes Verfahren auf der Geestemünder Straße. Hier trifft man eine wandernde Klientel an. Das heißt, es sind primär Prostituierte, mit all ihren Problemen. Nebenbei sind sie auch stoffgebunden abhängig. Die Verwaltung versucht, dies aufzufangen. Das gleiche gelte bei den anderen Standorten Brühler Straße und zum Teil in den klassischen Prostitutionsgebieten. Das Gesundheitsamt arbeitet hier mit dem freien Träger SKF zusammen. Es gäbe aber auch Möglichkeiten, relativ nahtlos in das allgemeine Hilfesystem zu überweisen.

Frau Beigeordnete Bredehorst ergänzt zum fehlenden Wasseranschluss, dass es sich hier um einen Container handle, der als Café und andererseits als Beratungs- und Kontaktstelle genutzt werde und in einem nicht erschlossenen Gebiet, d.h. ohne Wasseranschluss, liege. Hier finden auch die medizinischen und die drogentherapeutischen Versorgungsmöglichkeiten statt.

Herrn Dr. Berger sei das Problem erst bei der Erstellung des Berichtes so deutlich geworden. Die Verwaltung versucht eine technisch intelligente Möglichkeit der Abhilfe zu finden. Sie könnte zum Beispiel wie im Campingbereich gestaltet werden. Auf jeden Fall müsse die Situation verbessert werden.

Da Frau Gärtner sich in diesem Punkt sehr engagiert gezeigt habe, sie aber heute nicht anwesend sein konnte, schlägt der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher vor, den Tagesordnungspunkt noch einmal als Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden

**5.6 Gemeinsame Trägerschaft der Lebensmitteluntersuchungseinrichtungen der Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen mit eigener Rechtspersönlichkeit
1706/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

Keine.

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**14.1 Pachtvertrag mit dem Kreisverband der Kleingärtnervereine
Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
17.04.2009**

s. TOP 22.1

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**15.1 Hundetüten-Stationen in Grünanlagen
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2009
AN/0646/2009**

RM Herr Dr. Paul begründet den Antrag. Die CDU-Fraktion greife mit ihm den aus ihrer Sicht erfolgreichen Pilotversuch auf, der bereits im Stadtwald und im Südpark auf Initiative des AVR stattgefunden habe. Allerdings sei es mit dem Aufstellen der Hundetütenstationen allein nicht getan. Eine deutliche Verbesserung in Grünanlagen könne erst dann erreicht werden, wenn die Akzeptanz groß sei. Dies hänge entscheidend davon ab, dass der Betrieb der Station sichergestellt sei.

Deshalb fordere die CDU-Fraktion, dass ein Konzept erarbeitet werde, das die Nachbefüllung sicherstelle. Daran sollten nicht nur die AWB, sondern auch Sponsoren, wie die bereits eingebundene Kölner Grünstiftung, beteiligt werden.

Man glaube, damit auch einen deutlichen Wunsch aufzugreifen, der bereits im Bürgerhaushalt von vielen Menschen geäußert worden sei. Daher bitte er um Zustimmung.

Der AVR hatte in seiner Diskussion bezweifelt, dass eine wissenschaftliche Begleitung unbedingt notwendig sei. Dem schließe sich die CDU-Fraktion ausdrücklich an.

RM Herr Dr. Fladerer äußert, die SPD-Fraktion sei ebenfalls der Meinung, man müsse nicht 60.000,00 € in eine wissenschaftliche Begleitung dieses Projektes investieren. Ansonsten unterstütze man die Hundetüten-Stationen als Beitrag zur Sauberkeit in Köln.

Beigeordnete Frau Bredehorst informiert die Ausschussmitglieder, sie habe versucht, den Sauberkeitskoordinator, Herrn Larres, zur Ausschusssitzung zu bestellen. Dieser

habe leider nicht kommen können, habe ihr aber zur Sachlage eine E-Mail geschrieben. Sie trägt diese Nachricht im Wortlaut vor:

"Die Stadt Köln hat mit Wirkung vom 15.04.2009 eine Kooperationsvereinbarung mit der AWB geschlossen, die generell die Aufstellung von Hundekottütenspendern in Brennpunktbereichen des Stadtgebietes vorsieht. Eine Entscheidung über die Standorte soll zusammen mit den Bezirksvertretungen erfolgen. Ich gehe davon aus, dass nach entsprechender Ausschreibung der notwendigen Sach- und Unterstützungsleistungen durch die AWB eine Aufstellung der Beutelspender ab Sommer möglich sein wird. Besonderer Augenmerk wird auch entsprechend der Beschlusslage im AVR der Aufbau eines spenderunabhängigen Verteilernetzes für Beutel sein. Viele Tatbestände des CDU-Antrags sind insoweit durch die Verwaltung bereits in der Umsetzung. Der bisherige Focus auf Brennpunktbereiche im Stadtgebiet allgemein kann sicherlich auch auf Grünanlagen im Besonderen erweitert werden. Hier ergibt sich eh eine Schnittmenge im Projektverlauf. Finanzmittel von rd. 150.000,00 € sind hierfür reserviert."

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, den Antrag zu komplettieren, in dem man den Verzicht auf eine wissenschaftliche Begleitung in den Antragstext mit aufnimmt.

Im Ausschuss herrscht hierüber Einvernehmen, so dass der Ausschussvorsitzende den ergänzten Antragstext zur Abstimmung stellt:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün begrüßt die Aufstellung von Hundetüten-Stationen („Dogstations“) in Kölner Grünanlagen, wie sie bereits im Stadtwald und Südpark mit Hilfe der Stiftung Kölner Grün realisiert werden konnte.

Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit der AWB und der Kölner Grün Stiftung ein Konzept, einschließlich der Finanzierung, zu entwickeln, durch das schrittweise in allen Kölner Grünflächen, die besonders von Hundehaltern und ihren Hunden besucht werden, Hundetüten-Stationen aufgestellt und unterhalten werden. Insbesondere die Nach-Befüllung muss sichergestellt werden, damit die Stationen einen wirksamen Beitrag zur Sauberkeit in den Kölner Grünanlagen leisten.

Auf eine wissenschaftliche Begleitung wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.1 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott
0059/2009**

RM Herr Dr. Paul spricht von einer schwierigen Entscheidung. Sicherlich sei der Vorschlag der Verwaltung die aus Umweltsicht sinnvollste Lösung. Die beantragte Genehmigung sei am ehesten geeignet, die Umweltsituation zu verbessern. Man habe aber auch die Beratungen vor Ort zu berücksichtigen. Hierzu liege das Beratungsergebnis der BV Kalk vor, die alternativ beschlossen habe, für das Grundstück einen Bebauungsplan aufzustellen. Dies werde zwar kurzfristig zu keiner Umweltverbesserung führen. Die CDU-Fraktion hoffe allerdings, dass es eine Möglichkeit zur Verlagerung des Unternehmens gebe und bitte die Verwaltung nachdrücklich, sich intensiv um die Gestellung eines Ersatzgrundstücks zu bemühen.

Die CDU-Fraktion stimme daher wie die Bezirksvertretung Kalk für die Alternative.

RM Herr Paetzold pflichtet Herrn Dr. Paul bei. Auch die SPD-Fraktion spreche sich für die Alternative aus, einen Bebauungsplan aufzustellen. Man bitte die Verwaltung, trotzdem dafür zu sorgen, dass möglichst alles an Verbesserungen für die Wohnqualität der Anwohnerinnen und Anwohner, die deutlich länger dort wohnten, als die Schrottplätze vorhanden seien, unternommen werde. Der SPD-Fraktion sei es wichtig, dass alles getan werde, was behördlich machbar sei, also auch Druck auf den Emissionsverursacher auszuüben.

RM Frau Dr. Müller schließt sich inhaltlich den Aussagen ihrer Vorredner an. Allerdings komme sie zu einem anderen Beschlussergebnis. Aus Umweltsicht sei die Beschlussvorlage der Verwaltung eher zielführend.

Sie widerspricht Herrn Paetzold und merkt an, dass vielleicht einige Anwohnerinnen und Anwohner schon länger dort wohnten. Der Schrottplatz habe allerdings die Genehmigung und Berechtigung für dieses Grundstück. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworte daher, dass der Betrieb dort so verträglich wie möglich bestehen bleiben könne. Man beabsichtige deshalb, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Frau Bredehorst stellt klar, die Verwaltung habe diese Vorlage nicht nur aus Umweltsicht, sondern auch aus Sicht der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner so gestaltet und ganz bewusst im Beschlussvorschlag auf die Aufstellung eines Bebauungsplans verzichtet.

Wenn der Betrieb dort bleibe, verbessere sich die Lärmsituation nur, wenn der Betrieb auch umbauen könne. Umbauen könne er aber nur, wenn kein Bebauungsplan vorliege oder wenn einer vorliege, der dem Betrieb einen Umbau erlaube. Die Aufstellung eines Bebauungsplans erfordere aber häufig lange Zeit.

Die Verlagerung des Betriebes wiederum habe auch schon in der Vergangenheit nicht geklappt. Zudem könne der Bestandsschutz nicht zurückgenommen werden, so dass diese Situation sich noch lange hinziehen könne, ohne dass sich etwas daran ändere.

Frau Bredehorst betont nochmals ausdrücklich, dass man mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösung eine bessere Situation für die Anwohner erreiche als ohne.

SB Herr Dr. Albach spricht sich namens der FDP-Fraktion für die Verwaltungsvorlage aus. Wenn man ein wertstoffliches Recycling wolle, müsse man auch eine Schrottentsorgung in Köln haben. Zudem sei der Platz dort gut gewählt, da Schrott an die Schiene angebunden werden müsse und nicht ständig per LKW durch die Gegend gefahren werden könne. Die Stadt Köln habe, auch dadurch, dass es noch einen zweiten zu verlagernden Schrottplatz im Deutzer Hafen gebe, bereits jetzt ein Problem, geeignete Plätze für die Schrottentsorgung zu finden.

Außerdem sei es schwierig zu modernisieren, weil gerade heute mit Schrott nicht viel Geld zu verdienen sei. Daher solle man froh sein um jeden Betrieb, der ernsthaft Geld investiere, um etwas für die Umwelt und die Anwohner zu tun. Folgerichtig sei der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg der schnellste, den Menschen zu helfen und sollte nicht durch einen Bebauungsplan abgebremst werden.

RM Herr Paetzold betont, es sei wichtig, die lokalen Interessen zu berücksichtigen und nicht gegen den Willen der Menschen vor Ort und der Bezirksvertretung zu entscheiden.

Herr Schauer vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt informiert die Ausschussmitglieder ausführlich über die rechtlichen Gegebenheiten.

Eingangs merkt er an, er sei bei der Diskussion der Bezirksvertretung Kalk anwesend gewesen und kenne durchaus die Argumente der dort ansässigen Bevölkerung. Er besitze Ortskenntnis und habe die Meinung der Fraktionen gehört und deren Entscheidung respektiert. Gleichwohl habe er die Auffassung der Verwaltung dort deutlich gemacht und möchte diese auch den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis geben.

Bei der Verwaltungsvorlage sei ein pragmatischer Ansatz verfolgt worden, bei dem sich alle beteiligten Dienststellen einig gewesen seien. Der Vorschlag werde insbesondere auch vom Bauaufsichtsamt und Stadtplanungsamt mitgetragen.

Die Verwaltung sei von den Gegebenheiten, einem Betrieb mit einer starken Rechtsposition, ausgegangen. Einerseits sei auf dem Gelände eine Baugenehmigung aktiv erteilt worden. Andererseits habe der Betrieb 2002 seine Existenz gegenüber der Bezirksregierung Köln als Genehmigungsbehörde angezeigt. Bisher habe nach seiner

Kenntnis niemals jemand gegenüber dem Betrieb zum Ausdruck gebracht, dass eine Verlagerung erforderlich sei.

Es habe in der Tat Lärmbeschwerden gegeben. Wenn man sich die Situation vor Ort anschau, so haben die Anwohnerinnen und Anwohner auch Recht. Es gebe tatsächlich Lärm- und Geruchsbelästigung und es sei vorgetragen worden, dass Insekten in gehäufte Zahl festgestellt worden seien.

Aus Sicht des Antragstellers seien die Vorteile des Betriebsgrundstücks der Schienenanschluss, die Größe des Grundstücks und sein Wissen um die Rechtsposition, die er besitze.

Die Verwaltung habe einen pragmatischen Ansatz gewählt, da ihr bewusst war, dass es eine 100%-ige Lösung, die alle zufrieden stelle, nicht gebe.

Aus planerischer Sicht stießen dort laut Bauaufsicht und Stadtplanung Nutzungen aufeinander, die, wenn man Abstandslisten zugrunde lege, auf der Fläche, die zur Verfügung stehe, planerisch nicht zu händeln seien.

Wenn man versuche, Alternativen außerhalb des Genehmigungsverfahrens umzusetzen, stelle sich die Frage nach der Aufstellung eines Bebauungsplans. Dieser sei von der Verwaltung in mehreren Varianten diskutiert worden.

Entweder entwickle man einen Bebauungsplan, der die bestehende städtische Rahmenplanung aus den 90er Jahren aufgreife, also z. B. akzessorische Betriebe zur Nutzung des rechtsrheinischen Technologiezentrums ansiedle. Oder man stelle einen Bebauungsplan auf, der den Betrieb mit berücksichtige.

Beides könne dazu führen, dass der Betrieb vor Rechtskraft des Bebauungsplans freiwillig nichts zur Entschärfung der Situation unternimmt, um evtl. finanzielle Nachteile zu vermeiden.

Dies hätte ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Folge. Die Bezirksregierung als zuständige Emissionsschutzbehörde müsse jede einzelne Maßnahme erzwingen, zu der der Betrieb jetzt noch freiwillig gewillt sei.

Diesen Maßnahmen folgten wiederum mit großer Wahrscheinlichkeit langwierigere Verfahren mit Anordnung jeder Maßnahme per Ordnungsverfügung – alternativ die Anordnung der sofortigen Vollziehung – bis hin zum Verfahren vor dem Verwaltungsgericht.

Wenn man auf der Basis der Anzeige aus dem Jahr 2002 ggfs. noch einen Änderungsbescheid nach Immissionsschutzrecht erlasse, geschehe auch das gegen den Willen des Antragstellers, der sich evtl. auch wieder sträube, weil er nicht wissen kön-

ne, welche Umbaumaßnahmen nach Rechtskraft des Bebauungsplans wieder auf ihn zukämen bzw. noch möglich seien.

Daher habe die Verwaltung das beantragte Vorhaben mit den Unterlagen zugrunde gelegt. In diesem Verfahren seien Immissionsschutzmaßnahmen vorgesehen, die auch nach Auffassung der Experten des Umweltamtes die Situation relativ schnell und spürbar verbessern würden. Darüber hinaus werde geprüft, ob weitergehende Emissionsschutzmaßnahmen gefordert werden können. Dies sei bereits der Bezirksregierung aus fachlicher Sicht empfohlen worden.

Vor diesem Hintergrund bittet Herr Schauer die Mitglieder des Ausschusses nachdrücklich, sich dem Verwaltungsvotum anzuschließen.

RM Herr Brust spricht sich dafür aus, diese eindeutige Stellungnahme der Verwaltung zu berücksichtigen und schlägt vor, die Vorlage zu vertagen, bis man vor Ort mit den Mitgliedern der BV Kalk gesprochen habe.

Im Ausschuss entwickelt sich eine intensive Diskussion über das weitere Verfahren.

RM Herr Grau gibt zu bedenken, dass eine Vertagung nur Sinn mache, wenn man mit den Mitgliedern der BV Kalk sprechen und sie erneut beteiligen könne, so dass in der Bezirksvertretung eine neue Beratung und Beschlussfassung möglich sei.

SE Herr Bilke unterstützt die Argumentation von Herrn Grau und betont, es sei wichtig, vor Ort noch mal zu erläutern, welche Konsequenzen dieser Beschluss habe. Denn er würde bedeuten, dass sich faktisch in den nächsten Jahren für die Menschen dort nichts ändern, geschweige denn verbessern werde. Dies sei jedoch das eigentliche Anliegen, eine Verbesserung zu erreichen. Dies sei möglicherweise vor Ort nicht deutlich geworden. Wenn man die Zeit bis zur nächsten Sitzung dafür nutzen würde, dies den Mitgliedern der BV klar zu machen, habe eine Vertagung Sinn.

SB Herr Dr. Albach schlägt einen Ortstermin vor, um mit den Menschen vor Ort zu sprechen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stimmt diesem Vorschlag zu, gemeinsam mit der Bezirksvertretung und den Menschen vor Ort in den Dialog zu treten.

Da dieser Vorschlag auf allgemeine Zustimmung trifft, stellt Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher die Vertagung der Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.2 Regionale 2010 - RegioGrün, Landschaftspark Belvedere
2. Durchgang
0172/2009**

RM Herr Bacher schlägt für die SPD-Fraktion vor, in diesem Fall dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen, um das wichtige Regionale-Projekt nicht zu gefährden.

Da sich kein Widerspruch regt, wird über die Verwaltungsvorlage abgestimmt:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt die Entwurfsplanung Landschaftspark Belvedere und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der Ausschuss legt großen Wert darauf, dass die Maßnahmen bis zum Präsentationsjahr 2010/11 fertig gestellt sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

**16.2.1 TOP 16.2. Regionale 2010 - Regio Grün, Landschaftspark Belvedere
1712/2009**

**16.3 Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach
2. Durchgang
0337/2009**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher informiert kurz über das Beratungsergebnis der BV Mülheim und schlägt für die SPD-Fraktion vor, um das Verfahren zu verkürzen, der BV die Entscheidung über den Lupenraum "Wo die Strunde untergeht" nach

Vorliegen der seitens der StEB in Auftrag gegebenen Gutachten zu übertragen. Im Übrigen wolle man dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden, so dass der Ausschussvorsitzende diesen ergänzten Beschlusstext zur Abstimmung stellt:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt die Entwurfsplanungen der Lupenräume und der Wegeachse und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der Ausschuss legt großen Wert darauf, dass die Maßnahmen bis zum Präsentationsjahr 2010/2011 fertig gestellt sind.

Um das Verfahren zu verkürzen, überträgt der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün der Bezirksvertretung Mülheim die abschließende Entscheidung über den Lupenraum "Wo die Strunde untergeht" nach Vorliegen der seitens der Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR in Auftrag gegebenen Gutachten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.3.1 TOP 16.3. Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach
1715/2009**

**16.4 REGIONALE 2010 - "Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V."
2. Durchgang
0273/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün spricht sich grundsätzlich für einen Beitritt der Stadt Köln zum „Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e. V.“ auf der Grundlage des Satzungsentwurfs aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.5 Zuschuss an Finkens Garten, Greifvogelstation und Haus des Waldes / Waldschule
Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen
0297/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 50.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 15 – Transferaufwendungen für die Zuschussgewährung an Finkens Garten, Greifvogelstation und Haus des Waldes / Waldschule, Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.6 Abfallbehälter und Bänke für die Groov in Köln-Porz/Zündorf
Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung im Rahmen des Bürgerhaushalts
0619/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt der BV Porz, wie folgt zu beschließen:

1. Die Bezirksvertretung 7 (Porz) stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Zur Durchführung der Maßnahme beschließt der Finanzausschuss die Freigabe der im Hj. 2009 zur Verfügung stehenden Auszahlungsermächtigung in Höhe von 52.000,- € aus Teilfinanzplan 1301, Zeile 9 / Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen für die Aufstellung zusätzlicher Bänke und Abfallbehälter in der Groov (Köln-Porz/Zündorf) aus den für Grünflächen, Themenkomplex Pflege/Sanierung im Rahmen des ersten Kölner Bürgerhaushaltes veranschlagten Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.7 Neuwahl von Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NW (DVO-LG) 0913/2009

SB Herr Dr. Albach kritisiert, dass die Bewerberinnen und der Bewerber sich nicht persönlich vorstellen und der Ausschuss außer ihrem Namen keinerlei Informationen über die zu Wählenden erhalte. Der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde sei ein wichtiges Gremium, mit dessen Voten sich der Ausschuss oft auseinandersetzen müsse. Es sei für Herrn Dr. Albach unbefriedigend, wenn er dies tun müsse, ohne die Personen dieses Gremiums zu kennen. Er werde sich daher bei der Abstimmung seiner Stimme enthalten.

Beigeordnete Frau Bredehorst erwidert, die Verwaltung habe, ähnlich wie bei der kommunalen Gesundheitskonferenz, die Bewerber nicht zur Ausschusssitzung eingeladen, da dies bisher nicht vorgesehen sei. Wenn Herr Dr. Albach dies möchte, werde die Verwaltung diesem Wunsch nachkommen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher räumt ein, die Verwaltung könne überdenken, wie sie dem Wunsch von Herrn Dr. Albach Rechnung tragen könne. Ansonsten macht Herr Bacher auf das Vorschlagsrecht der Verbände aufmerksam und erklärt, welche Priorisierung durch den Vorschlag des jeweiligen Verbands erkennbar werde. In diesem Fall würde die SPD dem Vorschlag folgen und Herrn Horst Groß als ordentliches Mitglied und Frau Christiane Martin als seine Vertreterin wählen.

RM Frau Dr. Müller kündigt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, diesen Vorschlag von Herrn Bacher mitzutragen. Auf ihre Nachfrage, weshalb der LNU keine Nachfolger für Herrn Lürken und Herrn Scholtissek benannt habe, berichtet Herr Moers, der BUND sei der einzige Verband gewesen, der sich gemeldet habe.

Die Position sei von den drei Verbänden Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) und der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein Westfalen e. V. (LNU) gemeinsam zu besetzen gewesen. Da trotz mehrfacher Nachfrage bei LNU und NABU es keine entsprechenden Rückäußerungen gegeben habe, die Position jedoch wegen drohender Beschlussunfähigkeit besetzt werden musste, habe die Verwaltung die drei Bewerber des BUND vorgeschlagen. Fakt sei, dass die Arbeit im Beirat ein besonderes Engagement erfordere und nicht so beliebt sei, wie z. B. die Arbeit vor Ort.

Der Ausschussvorsitzende stellt den von ihm gemachten Vorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für Herrn Lürken und Herrn Scholtissek auf Vorschlag des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., Landesverband Nordrhein Westfalen e. V.

als ordentliches Mitglied

als Stellvertreterin

Herrn Horst Groß

Frau Christiane Martin

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

- 16.8 Durchführung einer Großveranstaltung auf der Jahnwiese, L 17, Bezirk 3, EZ 2
hier: Widerspruchsverfahren nach §69 Landschaftsgesetz NW (LG NW) 1454/2009**

RM Herr Dr. Paul nimmt bewusst nicht allein aus landschaftsschutzrechtlicher Sicht Stellung zu der Beschlussvorlage.

Die CDU-Fraktion habe festgestellt, dass von politischer Seite niemand eingebunden gewesen sei, was die Durchführung dieser Veranstaltung angehe. Das Argument, es handle sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, könne sicherlich geäußert werden. Der Umfang der Veranstaltung mit 200.000 Personen rechtfertige jedoch eine gesonderte Behandlung in den politischen Gremien. Insbesondere der Sportausschuss sei bislang nicht eingebunden gewesen.

Um einer derartigen Veranstaltung zuzustimmen, müssten noch eine ganze Reihe von Fragen geklärt werden. Insbesondere sei unklar, ob vertraglich geregelt sei, dass der Veranstalter für die schnelle Wiederherstellung der Flächen Sorge zu tragen habe und was passiere, wenn er dies nicht mache.

Dann sei die Rede davon, dass beabsichtigt sei – ähnlich wie an anderen Veranstaltungsorten – für gemeinnützige Zwecke aus dem Erlös Spenden zu erbringen. Ob es darüber hinaus ein Entgelt für die Stadt Köln gebe, sei nicht bekannt.

Darüber hinaus bedeute die Veranstaltung angesichts des betriebenen Aufwands eine komplette Sperrung der Jahnwiese für das erste Wochenende nach Ferienende, so dass eine ganze Reihe von Aktivitäten dort nicht stattfinden könne. Die CDU-Fraktion möchte daher wissen, ob dafür Sorge getragen wurde, dass die Turniere der Freizeitmanschaften an anderer Stelle stattfinden können.

Herr Dr. Paul betont erneut, die CDU-Fraktion stelle diese Fragen, die sich nicht nur auf Landschaftsschutzaspekte beziehen, hier, weil der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün das einzige politische Gremium sei, das sich mit dieser Veranstaltung befasse. Er regt an, falls diese Fragen nicht alle jetzt und hier beantwortet werden können, den Sportausschuss in die Beratungsfolge mit aufzunehmen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher weist darauf hin, dass der Sportausschuss nicht am Widerspruchsverfahren nach Landschaftsgesetz beteiligt werden könne. Hier müsse dann eine gesonderte Vorlage erstellt werden.

SE Herr Bilke bekräftigt ausdrücklich die Meinung seines Vorredners. Auch das Vorgehen, den Sportausschuss um seine Meinung zu der Veranstaltung zu bitten und die Beschlussvorlage bis zur endgültigen Klärung aller Fragen zurückzustellen, finde seine Zustimmung.

Zudem zeichne sich ab, dass in den nächsten Jahren bei einer Zustimmung zu dieser Veranstaltung jährlich Großveranstaltungen anstünden, die immer umfangreicher würden. Er fragt, welche Alternativstandorte geprüft worden seien, z. B. am Rhein oder am Südstadion, und ob es hinsichtlich des Themas "Lärm" Vorgaben der Bezirksregierung gebe.

SB Herr Dr. Albach sieht den Vorgang der landschaftsrechtlichen Befreiung getrennt von der vertraglichen Gestaltung zwischen Stadt Köln und dem Veranstalter. Insofern plädiere er dafür, der Befreiung hier im Ausschuss zuzustimmen. Die CDU-Fraktion könne hinsichtlich der Vertragseinsichtnahme einen Antrag im Rat oder im entsprechenden Ausschuss stellen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher macht darauf aufmerksam, dass sein Hinweis, der Sportausschuss könne nicht am Widerspruchsverfahren nach Landschaftsgesetz beteiligt werden, genau diese Trennung der beiden Verfahren beinhalte. Nichtsdestotrotz müsse zuerst geklärt werden, ob eine derartige Veranstaltung politisch gewollt sei. Dies habe dem Befreiungsverfahren voraus zu gehen.

Daher schlage er vor, die Vorlage zum Widerspruchsverfahren zu vertagen und in der Zwischenzeit eine Beteiligung mindestens des Sportausschusses, wenn nicht auch

anderer politischer Gremien, durchzuführen mit der Frage, ob man diese Veranstaltungen wolle und wenn ja, ob an dieser Stelle. Dann könne sich der Ausschuss noch mal mit der Befreiungsvorlage beschäftigen.

Herr Moers von der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln (ULB) stellt einige falsche Darstellungen in der Kölner Presse (Express vom 30.04.2009) richtig. Die ULB habe von Anfang an eine durchaus positive Haltung gehabt, auch vor dem Hintergrund, dass eine Großveranstaltung in Köln stattfinden solle und das Sportamt diese auch befürwortet habe. Aus rein landschaftsrechtlicher Betrachtung sei dies in Ordnung. Falsch sei, dass die ULB eine Befreiung abgelehnt habe.

Ebenfalls falsch sei, dass die Fledermäuse das große Hemmnis seien. Sie seien zwar ein Problem, das sich aber händeln lasse. Problematisch sei allein die Frage des Feuerwerks, das dort abgebrannt werden solle. Das könne die ULB nicht genehmigen. Ansonsten sei das, was alles im nördlichen Bereich der Jahnwiesen geplant sei, ok, so dass die Fledermäuse nur gering gestört würden. Dies sei aus landschafts- und artenschutzrechtlicher Sicht genehmigungsfähig.

Problematisch sei allerdings ein Beschluss des Rates vom 03.11.2005, der damals anlässlich des Robbie-Williams-Konzertes gefasst worden sei. (*Ein Auszug aus dem Beschlussbuch des Rates der Stadt Köln ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.*) Der Veranstalter plane, jedes Jahr 3 Tage lang dort eine Großveranstaltung durchzuführen. Dies könne hinsichtlich der Auflage des Regierungspräsidenten, was die Nutzung der Jahnwiesen angehe, zu Problemen führen, da dort dann keine andere Veranstaltung mehr stattfinden könne.

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende die Vertagung der Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Beschlussvorlage, bis eine Beteiligung des Sportausschusses und evtl. anderer politischer Gremien mit einer gesonderten Beschlussvorlage stattgefunden hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

16.9 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR 1458/2008

Die Beschlussfassung wurde vor Eintritt in die TO in die nächste Sitzung vertagt.

**16.10 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)
0919/2009**

Die Beschlussfassung wurde vor Eintritt in die TO in die nächste Sitzung vertagt.

**16.11 Konzept für eine dauerhafte Infrastruktur für die Poller Rheinwiesen und die "Rodenkirchener Riviera"
0990/2009**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, bei uneingeschränkter Zustimmung der Bezirksvertretungen auf den 2. Durchgang zu verzichten.

SE Herr Fischer möchte wissen, ob die kostenneutrale Bewirtschaftung durch die KGAB bedeute, dass dort sogenannte Mehraufwandsentschädigungsjobs eingerichtet werden, also Ein-Euro-Jobber einen Kiosk betreiben, die Toiletten reinigen und auch den Müll einsammeln.

Herr Eppenich erläutert kurz das Aufgabenspektrum. Die Arbeitskräfte betrieben die Toilettenanlagen ähnlich wie auch in der Flora. Das Mülleinsammeln beziehe sich aber nur auf das unmittelbare Umfeld und nicht auf die gesamte Grünfläche, denn hier habe man ja die Reinigung aus einer Hand seitens der AWB eingerichtet.

Frau Bredehorst informiert darüber, dass geplant sei, das Projekt auf § 16 e SGB II-Basis einzurichten. Dies seien entlohnte Arbeitsplätze auch für eine längere Zeit im Rahmen des Projektes "neue Arbeit für Köln", so dass auf Dauer neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die allerdings bis zu 75 % Zuschuss durch die ARGE bekommen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Beschlussvorlage in die Bezirksvertretungen Innenstadt, Rodenkirchen und Porz.

Der Ausschuss verzichtet auf einen zweiten Durchgang, sofern die Bezirksvertretungen Innenstadt, Rodenkirchen und Porz dem Beschlussvorschlag uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

Keine.

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

19 Mitteilungen

**19.1 Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie am Linder Mauspfad in Porz-Lind
Hier: Verkehrsführung während der Baumaßnahme
0586/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.2 Fällung eines Naturdenkmals
1163/2009**

RM Frau Dr. Müller fragt nach, ob es einen Katalog oder eine Bilanz von Naturdenkmälern gebe, der bzw. die dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen zur Kenntnis gegeben werden könne. Sie interessiere insbesondere, ob dort auch neue Denkmäler ausgewiesen seien.

Herr Moers führt aus, die Verwaltung arbeite bereits seit längerem an der Naturdenkmalverordnung und werde zu einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Vorlage fertigen. Einige Naturdenkmale müssten aus der Verordnung genommen werden. Gleichzeitig werde jedoch angekündigt, dass die Verordnung insgesamt überarbeitet wird und neue Vorschläge präsentiert werden. Man beabsichtige, die Verordnung für jeden nachvollziehbar zu machen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Moers und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2008
1527/2009**

- SB Herr Dr. Albach verweist auf Seite 247

Betreff: Naturschutzgebiet Mutzbach

Herr Dr. Albach fragt, ob er die Antwort der Verwaltung richtig verstanden habe, dass derzeit an einer Änderung des Landschaftsplans, insbesondere auch speziell im Bereich des Mutzbaches, gearbeitet werde. Falls dies richtig sei, möchte er wissen, wann mit einer Landschaftsplanänderung zu rechnen sei.

Herr Eppenich informiert, dass daran gearbeitet werde. Einen Zeitpunkt könne er im Augenblick noch nicht nennen, da einige Dinge verwaltungsintern abzustimmen seien.

-
- SB Herr Dr. Albach verweist auf Seite 248

Betreff: Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen bei der Stadt Köln

Herr Dr. Albach berichtet von einer Initiative HyCologne im Nachbarkreis. Dort komme der Wasserstoff zwar aus anderen Quellen, aber allein die Tatsache, dass dort an der Nutzung von Wasserstoff als Antriebsform gearbeitet werde, führe dazu, dass eine Technologie entwickelt werde, die man langfristig als eine naturverträgliche Alternative betrachten könne.

Er fragt, welche Chancen die Verwaltung sehe, mit HyCologne - über eine bereits bestehende Mitgliedschaft hinaus - zusammenzuarbeiten.

RM Frau Dr. Müller informiert Herrn Dr. Albach über eine Stellungnahme der Verwaltung auf den Seiten 439/440 zum Beschluss des Wirtschaftsausschusses "Brennstoffzellentechnologie-Cluster in Köln". Hier werde ein Sachstand zum Thema HyCologne e.V. abgegeben.

- RM Herr Grau verweist auf die Seiten 272/273

Betreff: Erhalt und Entwicklung von Flora/Botanischer Garten

Herr Grau befürchtet, dass sich an dem Sachstandsbericht innerhalb der nächsten 3 bis 4 Jahre nicht viel ändern werde und erinnert an den Beschluss, die vorhandenen Gewächshäuser nochmal für eine Übergangszeit zu ertüchtigen. Er bezweifle, dass der Freundeskreis Botanischer Garten es schaffe, den Plan zu finanzieren und hoffe, der Rat werde sich zur Flora bekennen und entsprechende finanzielle Mittel bereit stellen, um die Provisorien zu ersetzen.

Herr Eppenich bestätigt, dass der Freundeskreis die Summe im Augenblick nicht realisieren könne. Auch sei die wirtschaftliche Situation zurzeit nicht günstig, um diese Größenordnung "einzuholen". Wenn dies längerfristig der Fall sein sollte, müsse über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachgedacht werden. Es sei klar, dass dieses Provisorium nicht dauerhaft bestehen bleiben könne.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19.4 Umweltzone, Änderung der Ausnahmenregelung 1592/2009

RM Herr Bacher ist über die Position des Landes verärgert. So seien notwendige weitergehende Maßnahmen nur schwer durchsetzbar.

RM Frau Dr. Müller bemerkt, man müsse sich unter diesen Umständen Gedanken machen, wie die Grenzwerte noch eingehalten werden können. So mache die Umweltzone, die mit hohem Aufwand und großer Akzeptanz eingeführt worden sei, überhaupt keinen Sinn mehr.

Frau Dr. Müller kündigt gezielte Nachfragen über die Messwerte an, die seit Einführung der Umweltzone ermittelt worden seien, insbesondere auch im Vergleich zu Städten, die keine Umweltzone haben und im Vergleich zu Vorjahren. Sie befürchte, dass die Grenzwerte für 2010 in Anbetracht der geänderten Ausnahmeregelungen nicht eingehalten werden können und bitte die Verwaltung, jetzt schon auf zusätzliche geeignete Maßnahmen hinzuwirken.

Beigeordnete Frau Bredehorst kündigt für nächste Woche hinsichtlich der Fortführung der Umweltzone in 2010 ein erstes Abklärungsgespräch mit der Bezirksregierung an. Anschließend müssten wahrscheinlich neue Berechnungen angestellt werden. Angesichts der Messwerte von 2008 im Stickstoffdioxid-Bereich glaube sie jedoch nicht, dass man von dem Einfahrverbot für Fahrzeuge mit roten Plaketten absehen könne.

RM Frau Dr. Müller bittet um Informationen zum Hot Spot Clevischer Ring, da dort sehr hohe Feinstaubwerte gemessen worden seien.

Herr Liebmann informiert, das Messverfahren des Landes, das am Clevischen Ring eingesetzt worden sei, habe nicht valide Werte für den Bereich PM₁₀ ermittelt. Daher könnten diese Überschreitungswerte für PM₁₀ am Clevischen Ring nicht verwertet werden. Die tatsächlichen Werte lägen mutmaßlich wesentlich niedriger, so dass derzeit nicht absehbar sei, ob die Überschreitungen an mehr als 35 Tagen stattfinden. Mittlerweile sei das messtechnische Verfahren aus dem Verkehr gezogen worden. Insofern gelte hinsichtlich PM₁₀ die Situation in Bezug auf einen Aktionsplan nicht

mehr. Davon unabhängig seien verschiedene verkehrstechnische Maßnahmen, wie z. B. der Einsatz von emissionsarmen Bussen mit Gasantrieb, eingeleitet worden. Bezüglich eines Aktionsplans müssten jedoch zunächst die neuen messtechnischen Werte abgewartet werden.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

20 Mündliche Anfragen

20.1 Flugbewegungen in Köln Mündliche Nachfrage von Herrn Dr. Paul

RM Herr Dr. Paul erinnert an die Beantwortung seiner mündlichen Anfrage vom 29.01.2009 hinsichtlich der Flugbewegungen in Köln. Er fragt, ob dies bis zur nächsten Sitzung am 18.06.2009 möglich ist.

Die Verwaltung sagt dies zu.

20.2 Lärmbelastung an der Bundesbahnstrecke in Höhe Gabelsberger Str. Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Paul

RM Herr Dr. Paul informiert darüber, dass Anwohner der Gabelsberger Straße an die CDU-Fraktion herangetreten seien und berichteten, die Lärmbelastung habe in den letzten Jahren deutlich zugenommen, weil insbesondere nachts dort Güterzüge führen.

Er fragt nach dem Sachstand von Lärminderungsmaßnahmen, die grundsätzlich von der Deutschen Bahn ausgehen müssten und möchte wissen ob Koordinierungsgespräche zwischen Stadt und Bahn stattfinden.

Soweit er wisse, gebe es einen Etat für Gleis- und Schienenpflegemaßnahmen, die von der DB eingesetzt werden. Ihn interessiere, inwiefern das koordiniert werde, so dass die Stadt dort ebenfalls ein Mitspracherecht hat und ob es möglicherweise auch Lärmschutzmaßnahmen gebe, die von Seiten der Stadt für diesen Bereich vorgesehen sind.

20.3 Vermüllung der Grünanlagen nach einem "schönen" Tag Mündliche Anfrage von RM Herr Dr. Paul

RM Herr Dr. Paul äußert, aus Sicht der CDU-Fraktion sei es inzwischen kein Problem mehr, in Grünanlagen genügend Entsorgungsmöglichkeiten, wie Container oder Unterflurbehälter am Aachener Weiher, bereit zu stellen. Man stelle aber fest, dass das allein offensichtlich nicht ausreiche, so dass weitergehende – im Zweifel ordnungsrechtliche – Maßnahmen erforderlich seien. Er fragt, welche Möglichkeiten sich aus Sicht der Verwaltung noch darstellten und welche konkreten Maßnahmen in dem Bereich in den nächsten Wochen und Monaten geplant seien, um diesem offenkundigen Missstand abzuhelpfen.

20.4 Lärmbelastung durch Parties am Aachener Weiher Mündliche Anfrage von SE Herr Bilke

SE Herr Bilke berichtet, er habe mehrfach im Sommer beobachtet, dass draußen – z. B. auch am Aachener Weiher – ganze Parties bestritten würden. Dazu werde ein Generator mit großen Lautsprecherboxen aufgebaut. Auch eine Zapfanlage werde installiert, so dass man von 50 – 60 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern ausgehen könne.

Er fragt, ob der Ordnungsdienst dort schon entsprechende Erfahrungen gemacht habe und regt an, diesen Aspekt bei der Beantwortung der vorherigen Anfrage von Herrn Dr. Paul (Vermüllung der Grünanlagen nach einem "schönen" Tag) mit zu berücksichtigen.

20.5 Grünbrücken zwischen Königsforst und Wahner Heide Mündliche Anfrage von SE Herr Bilke

SE Herr Bilke erwähnt das Konjunkturpaket II, das anscheinend erhebliche Mittel beim Landesbetrieb Straßen vorsehe. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung beabsichtige, Gelder aus diesem Konjunkturpaket II für Grünbrücken, z. B. zwischen Königsforst und Wahner Heide, zu erhalten. Falls der Ausschuss in dieser Richtung tätig werden solle, bitte er die Verwaltung um entsprechende Information.

20.6 Durchführung von Kompensationskontrollen **Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach berichtet, er habe im Protokoll der Landschaftsbeiratssitzungen gelesen, dass die Vertreter der Landschaftsgärtner im Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde feststellten, es würden keine Kompensationskontrollen mehr durchgeführt. Tatsächlich würden nur noch Fällungen beauftragt und Ersatzpflanzungen nicht mehr erwogen.

Er halte dies für außerordentlich unbefriedigend, wenn er dies richtig mitbekommen habe.

20.7 Steinkauz kontra Umgehungsstraße Föhlingen **Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach erkundigt sich nach dem Konflikt "Steinkauz kontra Umgehungsstraße Föhlingen", zumal dort erst vor kurzem ein neuer Steinkauz freigesetzt worden sei.

20.8 Umfang des Mülls, der aus den Grünflächen entfernt wurde **Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach bittet um eine quantitative Darstellung (in Tonnen), des Mülls, der in den letzten Jahren im Rahmen der Littering-Initiative aus den städtischen Grünflächen entfernt wurde.

20.9 Verfahren beim Abbau von Grabstätten **Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust**

RM Herr Brust erwähnt einen Zeitungsartikel, der über den Abbau der Grabstätte der Familie Brügelmann auf dem Friedhof Melaten berichtete, was jedoch wahrscheinlich irrtümlich sei. Im Zusammenhang damit habe die Stadtkonservatorin gesagt, dass momentan Gespräche geführt würden, wie demnächst der Abbau von Grabstätten gehandhabt werden solle.

Soweit ihm bekannt, habe es bereits Gespräche gegeben, so dass ihn die Aussage der Stadtkonservatorin über zukünftige Gespräche irritiere.

Daraufhin habe der Rheinische Verein für Denkmalschutz angeregt, dass bis zur Klärung Grabstätten nicht mehr abgeräumt werden sollen.

Herr Brust bittet um Stellungnahme.

20.10 Zwischenbericht zur Sauberkeit in Köln Mündliche Anfrage von RM Frau Müller

RM Frau Dr. Müller bittet die Verwaltung, zum Thema "Sauberkeit in Köln" einen Zwischenbericht abzugeben, in dem auch auf den Aspekt der "Koordination" eingegangen wird. Sie regt an, Herrn Larres zur Sitzung einzuladen, damit er z. B. im Rahmen einer kurzen Präsentation, den derzeitigen Sachstand, auch die Probleme, vorstellt.

20.11 Klimastudie NRW Mündliche Anfrage von SE Herrn Fischer

SE Herr Fischer berichtet, dass am Dienstag dieser Woche eine Studie von Wissenschaftlern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) im Auftrag des Landesministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) veröffentlicht worden sei. Gestern habe NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg die Strategie Nordrhein-Westfalens zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vorgestellt.

Er fragt, ob die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine Einschätzung und Stellungnahme zu den beiden Papieren vorbereiten und insbesondere die folgenden Fragen berücksichtigen könne:

1. Was wird durch die Stadt Köln unternommen, um das Problembewusstsein der Bevölkerung zu stärken?
2. Was wird getan, um das Wissen von Verwaltung und Bevölkerung um die regionalen Folgen des Klimawandels zu erweitern?
3. Welche Handlungsoptionen bieten sich in Köln an und welche Maßnahmen werden kurz-, mittel- und langfristig verwaltungsseitig initiiert werden?

Bacher
(Ausschussvorsitzender)

Fuchsberger-Meyer
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Gesundheit)

Bacher
(Ausschussvorsitzender)

Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)